

Satzung der Stadt Dargun für die Entsorgung des Schmutzwassers und Fäkalschlammes aus nichtöffentlichen Grundstücksentwässerungsanlagen (Fäkalschlamm Entsorgungssatzung)

§ 1 Allgemeines

(1) Die Stadt Dargun betreibt die zentrale Abwasserentsorgung und die dezentrale Schmutzwasserentsorgung (Fäkalschlamm Entsorgung) als eine öffentliche Einrichtung (Abwasseranlage).

(2) Die zentrale Abwasserentsorgung ist in der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Dargun in geregelt.

(3) Die Fäkalschlamm Entsorgung umfasst, die Einsammlung, Abfuhr und Beseitigung des in der Stadt Dargun in Grundstücksentwässerungsanlagen anfallenden Schmutzwassers und Fäkalschlammes.

(4) Die Fäkalschlamm Entsorgung erfolgt mittels Einrichtungen und Vorkehrungen zur Einsammlung, Abfuhr und Behandlung von in Grundstücksentwässerungsanlagen gesammelten Schmutzwassers und Fäkalschlammes außerhalb des zu entwässernden Grundstücks.

(5) Zur Fäkalschlamm Entsorgung kann sich die Stadt gem. § 40 Abs. 4 LWaG M-V weiterer Unternehmen, insbesondere zur Abfuhr des Fäkalschlammes und des Schmutzwassers, bedienen.

(6) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage zur dezentralen Schmutzwasserentsorgung sowie den Zeitpunkt ihrer Anschaffung, Herstellung, Erweiterung, Erneuerung und Verbesserung bestimmt die Stadt im Rahmen der ihr übertragenen Abwasserbeseitigungspflicht.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Abwasser

Ist der Sammelbegriff für Schmutzwasser und Niederschlagswasser

2. Schmutzwasser

Schmutzwasser ist durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften verändertes Wasser sowie damit zusammen abfließendes Wasser, ausgenommen Niederschlagswasser. Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht für das in landwirtschaftlichen oder

forstwirtschaftlichen Betrieben oder Gärtnereibetrieben anfallende Schmutzwasser, einschließlich Jauche und Gülle, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerisch genutzte Böden unter Beachtung der abfallrechtlichen Bestimmungen aufgebracht zu werden. Nicht zum Aufbringen bestimmt ist insbesondere das menschliche Fäkalwasser.

3. Fäkalschlamm

Fäkalschlamm ist der Anteil des häuslichen oder in der Beschaffenheit ähnlichen Schmutzwassers, der in der abflusslosen Gruben zurückgehalten und der in Grundstückskläranlagen einer Behandlung unterzogen und zurückgehalten wird und im Rahmen der öffentlichen Entsorgung in Abwasseranlagen eingeleitet wird oder eingebracht werden soll. Nicht dazu zählt der in Grundstückskläranlagen mit Abwasserbelüftung zurückgehaltene stabilisierende Schlamm.

4. Niederschlagswasser

Niederschlagswasser ist das aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende Wasser. Das auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen anfallende Oberflächenwasser kann auf Antrag dem Niederschlagswasser gleichgestellt werden.

5. Grundstück

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne.

6. Grundstücksentwässerungsanlagen

Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind alle Einrichtungen, die dem Sammeln, Vorbehandeln, Prüfen, Rückhalten, Klären und Ableiten des Schmutzwassers auf dem Grundstück des Anschlussverpflichteten/Anschlussberechtigten dienen, soweit sie nicht Bestandteil einer öffentlichen Abwasseranlage zur Schmutzwasserentsorgung sind. Dazu gehören insbesondere Kleinkläranlagen und abflusslose Sammelgruben oder sonstige Anlagen zur Behandlung oder Sammlung von Schmutzwasser oder Fäkalschlamm auf dem Grundstück des Anschlussverpflichteten/Anschlussberechtigten.

7. Kleinkläranlagen

Kleinkläranlagen sind alle Anlagen eines Grundstückes zur Behandlung von häuslichem oder in der Beschaffenheit ähnlichem Schmutzwasser, nach deren Behandlung ein Fäkalschlamm entsteht.

8. Abflusslose Sammelgruben

Abflusslose Sammelgruben sind wasserdichte Behälter eines Grundstückes, die keinen Ablauf aufweisen, zum Sammeln von häuslichem oder in der Beschaffenheit ähnlichem Schmutzwasser, ohne dieses einer weiteren Behandlung zu unterziehen.

§ 3

Berechtigte und Verpflichtete

(1) Berechtigte und Verpflichtete im Sinne dieser Satzung sind Eigentümer eines in der Stadt gelegenen Grundstückes, das über eine Grundstücksentwässerungsanlage im Sinne dieser Satzung verfügt. Sie werden nachfolgend auch als Betreiber

bezeichnet.

Als solche gelten auch Grundstückseigentümer, die durch Mitbenutzung einer auf einem anderen Grundstück liegenden Grundstücksentwässerungsanlage den auf ihrem Grundstück anfallenden Fäkalschlamm bzw. das auf ihrem Grundstück anfallende Schmutzwasser dort einleiten und sammeln (gemeinsame Nutzung einer Grundstücksentwässerungsanlage).

Die in dieser Satzung für die Grundstückseigentümer geltenden Vorschriften gelten auch für Erbbauberechtigte, oder andere zur Nutzung eines Grundstückes dinglich Berechtigten.

Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.

(2) Jeder Eigentums- oder Rechtswechsel im Sinne des Abs. 1 an einem Grundstück ist binnen zwei Wochen nach Abschluss des dem Wechsel zu Grunde liegenden Rechtsgeschäfts der Stadt schriftlich anzuzeigen. Wird dies nicht oder nicht rechtzeitig realisiert, haften beide Vertragspartner als Gesamtschuldner.

§ 4

Anschluss- und Benutzungsrecht

(1) Jeder Anschlussnehmer im Sinne des § 3 dieser Satzung ist berechtigt, den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage zur dezentralen Schmutzwasserentsorgung von der Stadt zu verlangen, soweit und solange er nicht zum Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Dargun zur zentralen Abwasserentsorgung verpflichtet ist (Anschlussrecht).

(2) Der Berechtigte im Sinne des § 3 dieser Satzung hat im Rahmen dieser Satzung das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Schmutzwasser oder den auf seinem Grundstück anfallenden Fäkalschlamm in die öffentliche Abwasseranlage zur dezentralen Schmutzwasserentsorgung einzuleiten, wenn und soweit nicht anderweitige Rechtsvorschriften die Einleitung einschränken oder verbieten (Benutzungsrecht).

§ 5

Begrenzung des Benutzungsrechts

(1) Alles Schmutzwasser darf nur über die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleitet werden.

(2) Das Benutzungsrecht beschränkt sich auf die Menge und Zusammensetzung des Schmutzwassers sowie die Einleitungszeiten, die Grundlage der wasserrechtlichen Erlaubnis sind, sofern eine solche notwendig ist.

(3) In die öffentliche Abwasseranlage zur dezentralen Schmutzwasserentsorgung darf nur Schmutzwasser und kein Niederschlag-, Oberflächen- oder Grundwasser eingeleitet werden.

(4) Es ist verboten, solche Stoffe (Feststoffe, Flüssigkeiten, Gase) einzuleiten, welche nach Art und Menge

- a) das in der öffentliche Abwasseranlage zur Abwasserentsorgung beschäftigte Personal gesundheitlich gefährden können,
- b) die öffentliche Abwasseranlage zur Abwasserentsorgung in ihrem Bestand oder Betrieb nachteilig beeinflussen können,
- c) ein als Vorfluter benutztes Gewässer nachteilig verändern können,
- d) die Schlammbehandlung oder -verwertung erschweren können,
- e) eine erhebliche Geruchsbelästigung verursachen können.

Hierzu gehören insbesondere folgende Stoffe:

- Abfallstoffe z. B.: Kehrlicht, Asche, Glas, Schutt, Sand, Schlamm, Müll, Küchenabfälle, Fasern, Kunststoff, Textilien, grobes Papier u. a. (diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden); Treber, Trester, feststoffhaltige Schlempe, hefehaltige Rückstände, Molke, Latices, Lederreste, Borsten, Abfälle aus Schlachtung und Tierkörperverwertung, Blut;
- enthärtende Stoffe z. B.: Zement, Kalk, Kalkmilch, Gips, Mörtel, Kartoffelstärke, Kunstharz, Bitumen, Teer;
- feuergefährliche, explosionsartige Gemische bildende Stoffe, z. B.: abscheidbare, emulgierte und gelöste Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Heizöl, Schmieröle, Spiritus, Farben, Lacke, Phenole, Carbide, die Acetylen bilden;
- Öle, Fette wie z. B.: abscheidbare und emulgierte öl- und fetthaltige Stoffe pflanzlichen oder tierischen Ursprungs;
- aggressive und/oder giftige Stoffe, z. B.: Säuren, Laugen und Salze, Stoffe zur Pflanzenbehandlung und Schädlingsbekämpfung, Stoffe, die mit Abwasser reagieren und dadurch schädliche Produkte und Wirkungen erzeugen, Schwerflüssigkeiten, z. B. TRI und PER, Chloroform, Tetrachlorkohlenstoff, Dichlorethylen;
- Kaltreiniger, die chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten und/oder die Ölabscheidung verhindern;
- Reinigungs- und Desinfektionsmittel sowie Spül- und Waschmittel, die zu unverhältnismäßig großer Schaumbildung führen;
- Tierfäkalien und Silagesickersäfte, z. B.: Jauche, Gülle, Mist;
- Dämpfe und Gase, z. B. Chlor, Phosgen, Schwefelwasserstoff, Cyanwasserstoff sowie Stoffe, die solche Gase bilden.

(5) Gegen das unbeabsichtigte Einleiten der genannten Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage zur Abwasserentsorgung sind erforderlichenfalls Vorkehrungen zu treffen. Gelangen solche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage zur Abwasserentsorgung oder ist dies zu befürchten, so hat der Grundstückseigentümer oder der durch ihn zur Nutzung des Grundstückes Berechtigte (z. B. Erbbauberechtigter, Mieter oder Pächter) und der Verursacher der Stadt unverzüglich zu unterrichten.

(6) Bei der Einleitung von Schmutzwasser mit gefährlichen Stoffen im Sinne von § 7 a Abs. 1 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 26.08.1992 (BGBl. I S. 1564) in der jeweils geltenden Fassung aus Herkunfts- oder Verwendungsbereichen, sind die jeweils auf der Grundlage des Standes der Technik festgesetzten besonderen Anforderungen einzuhalten.

Soweit nichts anderes geregelt ist, beziehen sich die Anforderungen auf das Schmutzwasser im Ablauf der Vorbehandlungsanlage. Sie dürfen nicht entgegen den jeweils in Betracht kommenden allgemein anerkannten Regeln der Technik durch Verdünnung oder Vermischung erreicht werden.

(7) Die Stadt Dargun entscheidet über die Art der Probenahme, Stichprobe, qualifizierte Stichprobe oder Langzeit-Mischprobe.

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Jeder anschlussberechtigte Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlage ausschließlich durch die Stadt zuzulassen und den zu entsorgenden Inhalt der Stadt zu überlassen (Anschluss- und Benutzungszwang).

(2) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt auch für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende häusliche Abwasser. Die Stadt kann jedoch den Grundstückseigentümer für die dem Betrieb zugehörigen Personen auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang befreien. Hierzu muss dieser nachweisen, dass das Abwasser im Rahmen der pflanzenbedarfsgerechten Düngung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Einklang mit den wasserrechtlichen, abfallrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird. Der Nachweis ist erbracht, wenn der Landwirt folgende Unterlagen vorlegt:

- a) eine Bescheinigung der Landwirtschaftskammer über Viehbestand und Aufbringungsflächen und
- b) eine abfallrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Landkreises.

§ 7

Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann auf Antrag des Berechtigten/Verpflichteten von der Stadt Dargun erteilt werden, wenn dieser von der Abwasserentsorgungspflicht befreit ist und öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

(2) Die Befreiungen können unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie stehen unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 8

Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlage

(1) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist von dem Grundstückseigentümer gemäß DIN 1986 – Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke – und DIN 4261 – Kleinkläranlagen – in den jeweils gültigen Fassungen zu errichten und zu betreiben.

(2) Die Grundstücksentwässerungsanlage und die Zuwegung sind so zu bauen, dass die Anlagen durch die von der Stadt eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge mit vertretbarem Aufwand entsorgt werden können. Die Anlage muss frei zugänglich sein, der Deckel muss durch eine Person zu öffnen sein.

(3) Der Grundstückseigentümer hat Mängel im Sinne des Abs. 2 nach Aufforderung zu beseitigen und die Grundstücksentwässerungsanlage in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

§ 9

Durchführung der Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

(1) In der Stadt Dargun befinden sich Grundstücksentwässerungsanlagen, die dem baulichen Stand nach der jeweils gültigen DIN 4261 nicht entsprechen. Diese Grundstücksentwässerungsanlagen **ohne Wartungsvertrag** werden von der Stadt Dargun nach Bedarf bzw. in bestimmten Zeitabständen gemäß § 9 (2) und (3) entleert/entschlamm.

(2) Kleinkläranlagen ohne Wartungsvertrag werden bei Bedarf entschlamm und entleert, wobei in der Regel jedoch Ein- und Mehrkammer-Absetzgruben einmal jährlich komplett zu entleeren und Mehrkammer-Ausfallgruben (alle Kammern) in einem zweijährigen Abstand zu entschlamm sind. Bei der Entschlammung der Mehrkammer-Ausfallgruben soll in allen Kammern ein vermischter Restschlamm von 30 cm Höhe als Impfschlamm verbleiben.

(3) Wird eine zusätzliche Entleerung/Entschlammung der Kleinkläranlage in kürzeren Zeitabständen erforderlich, als die im Absatz 2 aufgeführten, handelt es sich um eine Bedarfsabfuhr. Die Bedarfsabfuhr führt zu keiner Verschiebung der Regelabfuhr. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, rechtzeitig – mindestens eine Woche vorher – bei der Stadt die Notwendigkeit einer Entleerung/Entschlammung anzuzeigen. Verursachte Mehrkosten durch außerplanmäßige Entsorgungstermine für Kleinkläranlagen hat der Grundstückseigentümer entsprechend der jeweils gültigen Fäkalschlammgebührensatzung der Stadt zu tragen.

(4) Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Fäkalschlamm Entsorgung ist, dass durch den Grundstückseigentümer durch Abschluss **eines Wartungsvertrages** die Durchführung regelmäßiger fachgerechter Messungen/Untersuchungen sichergestellt wird, anhand derer die Notwendigkeit einer Fäkalschlammabfuhr beurteilt werden kann. Diese haben nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, jedoch mindestens einmal im Jahr zu erfolgen. Die Ergebnisse dieser Messungen/Untersuchungen sind der Stadt innerhalb von 14 Tagen vom Grundstückseigentümer zu übergeben. Die Kleinkläranlagen, für die ein Wartungsvertrag besteht, werden bei Bedarf gemäß § 9 (5) und (6) entleert oder entschlamm.

(5) Die Notwendigkeit der Entsorgung wird vom Wartungsbeauftragten durch die Schlammspiegelmessung im Rahmen der Wartung festgestellt. Der Stadt Dargun ist unaufgefordert vom Grundstückseigentümer eine Durchschrift des Wartungsberichtes zu übergeben.

(6) Eine Entleerung oder Entschlammung hat mindestens einmal in einem Zeitraum von 60 Monaten zu erfolgen. Ein längerer Entsorgungszeitraum kann in Ausnahmefällen auf Antrag gewährt werden.

a) Einkammer-Absetzgruben sind nach Feststellung von 70 % Füllung des Nutzvolumens mit Schlamm ganz zu entleeren.

b) Mehrkammer-Absetzgruben sind nach Feststellung von 50 % Füllung des Nutzvolumens mit Schlamm ganz zu entleeren.

c) Mehrkammer-Ausfallgruben sind nach Feststellung von 50 % Füllung des Nutzvolumens mit Schlamm gemäß § 9 (2) Satz 2 zu entschlammern.

(7) Abflusslose Gruben werden bei Bedarf jedoch mindestens einmal jährlich ganz entleert. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, rechtzeitig – mindestens eine Woche vorher – bei der Stadt Dargun die Notwendigkeit einer Grubenentleerung anzuzeigen.

(8) Wird ein Grundstück an die zentrale Abwasserbeseitigung angeschlossen, ist die dezentrale Grundstücksentwässerungsanlage vollständig zu entleeren. Die Anzeigeform entspricht § 9 (7) dieser Satzung.

(9) Die Entleerung/Entschlammung der Grundstücksentwässerungsanlage erfolgt nach einem Entsorgungsplan der Stadt, der dem Grundstückseigentümer bekannt gegeben wird. Die Bekanntgabe geschieht durch den Öffentlichen Anzeiger der Stadt Dargun. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, dass die Entsorgung zum festgesetzten Zeitpunkt erfolgen kann. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist zum Entsorgungstermin freizulegen sowie die Zufahrt und den Zugang zu gewähren. Die Stadt Dargun bestimmt den genauen Zeitpunkt, die Art und Weise und den Umfang der Entsorgung.

(10) Der Anlageninhalt geht mit Übernahme in das Eigentum der Stadt Dargun über. Die Stadt Dargun ist nicht verpflichtet, darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.

§ 10 Anmeldung

(1) Der Grundstückseigentümer hat der Stadt Dargun das Vorhandensein von Grundstücksentwässerungsanlagen Gruben anzuzeigen. Die für die Genehmigung einer derartigen Anlage vorhandenen baurechtlichen und wasserrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

(2) Wechselt der Grundstückseigentümer, so ist der neue Eigentümer verpflichtet, die Stadt Dargun unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 11 Auskunft, Betreten des Grundstücks

- (1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, über § 10 hinaus, der Stadt Dargun alle zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Den Beauftragten der Stadt Dargun ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den in Frage kommenden Teilen des Grundstückes und der Grundstücksentwässerungsanlage zu gewähren. Die Beauftragten haben sich auf Verlangen durch einen von der Stadt Dargun ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat das Betreten und Befahren seines Grundstücks zum Zwecke der Entsorgung zu dulden.

§ 12 Haftung

- (1) Der Grundstückseigentümer haftet für Schäden in Folge mangelhaften Zustandes oder unsachgemäßer Benutzung seiner Grundstücksentwässerungsanlage oder Zuwegung. In gleichem Umfange hat er die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden.
- (2) Kommt der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen aus dieser Satzung nicht oder nicht ausreichend nach und ergeben sich hieraus Mehraufwendungen, ist er zum Ersatz verpflichtet.
- (3) Kann die in der Satzung vorgesehene Entsorgung wegen höherer Gewalt, Streik oder Betriebsstörungen nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Im übrigen haftet die Stadt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

§ 13 Benutzungsgebühren

- (1) Die Stadt Dargun erhebt Benutzungsgebühren nach Maßgabe des Kommunalabgabengesetzes M-V und den Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) Maßstab für die Benutzungsgebühr ist die festgestellte Menge des abgefahrenen Grubeninhalts. Zur Abfuhrmenge gehört auch das für das Absaugen etwa erforderlichen Spülwassers. Als Berechnungseinheit gilt der Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts. Dieser soll an den Messeinrichtungen des Entsorgungsfahrzeuges gemessen werden.
- (3) Bei jeder Entsorgung ist die Menge des abzufahrenden Grubeninhalts zu ermitteln. Der ermittelte Wert soll vom Grundstückseigentümer oder dessen Beauftragten bestätigt werden.

(4) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Abfuhr. Im Falle von vergeblichen Anfahrten (Fehlfahrt) wird nach § 14 Nr. 3 dieser Satzung verfahren. Sollte eine Entsorgung/Entschlammung zum festgesetzten Zeitpunkt nicht gewünscht sein bzw. kann der Grundstückseigentümer den Termin zur Entsorgung nicht wahrnehmen, hat er dieses der beauftragten Entsorgungsfirma umgehend – jedoch mindestens eine Woche vorher – schriftlich mitzuteilen. Eine Fehlfahrt liegt vor, wenn er dieser Verpflichtung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt und der Stadt somit Aufwendungen für Fehlfahrten entstehen.

(5) Gebührenschuldner ist, wer am 01.01. des laufenden Jahres nach den grundsteuerrechtlichen Vorschriften Schuldner der Grundsteuer ist oder sein würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Gebührenschuldner sind auch sonstige Nutzungsberechtigte.

(6) Die Veranlagung zur Benutzungsgebühr wird dem Gebührenpflichtigen durch einen Gebührenbescheid bekannt gegeben. Die Benutzungsgebühr wird innerhalb 14 Tage nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 14 Gebührensätze

Die Benutzungsgebühr für die dezentrale Abwasserentsorgung beträgt:

1. Innerhalb der Regelabfuhr laut Tourenplan

a) bei Grundstücksentwässerungsanlagen (außer abflusslose Gruben) ohne
Wartungsvertrag
26,27 € je Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts

2. Außerhalb der Regelabfuhr (Bedarfsabfuhr)

a) bei Grundstücksentwässerungsanlagen (außer abflusslose Gruben) ohne
Wartungsvertrag 29,84 € je Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts zuzüglich
59,50 € je Fahrt.

b) bei abflusslosen Gruben 16,89 € je Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts

c) bei Grundstücksentwässerungsanlagen (außer abflusslose Gruben) mit
Wartungsvertrag 29,84 € je Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts.

3. Für Fehlfahrten 11,72 € je Fahrt

4. Wird für die Entsorgung der Verlegung eines Schlauchs von mehr als 30 m Länge erforderlich, erhöht sich die Benutzungsgebühr nach Nr. 1 und 2 um 0,65 € je Meter.

§ 15 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

a) Niederschlagswasser einleitet, (§ 2 Nr.4 i. V. m. § 5 (3)),

b) häusliches Schmutzwasser einleitet, das nicht den Anforderungen des § 5 entspricht,

c) entgegen § 6 sich nicht an die Entsorgung anschließt oder sie nicht benutzt,

d) Grundstücksentwässerungsanlagen nicht den Anforderungen des § 8

- entsprechend baut, betreibt oder unterhält oder einer Aufforderung zur Beseitigung der Mängel nach § 8 nicht nachkommt,
- e) Entgegen § 9 (3), (7) und (8) die Entleerung/Entschlammung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt,
 - f) Entgegen § 9 (4) und (5) die fachgerechten Messungen/Untersuchungen nicht regelmäßig mindestens einmal jährlich und eine Durchschrift der Schlammspiegelmessung nicht termingerecht der Stadt Dargun zur Verfügung stellt,
 - g) Entgegen § 8 (2) i. V. m. § 9 (9) die Grundstücksentwässerungsanlage nicht freilegt oder die Zufahrt nicht gewährleistet,
 - h) Entgegen § 3 (2) den Eigentümerwechsel nicht unverzüglich anzeigt,
 - i) Entgegen § 11 (1) seiner Auskunftspflicht nicht nachkommt,
 - j) Entgegen § 11 (2) den Zutritt nicht gewährt,
 - k) Entgegen § 11 (3) das Betreten und Befahren seines Grundstückes nicht duldet,
 - l) Entgegen § 10 (1) die Anmeldung nicht vornimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit im Sinne gemäß § 5 (3) der Kommunalverfassung kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach Ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Dargun über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 13. Juli 2006 (Fäkalschlamm Entsorgungssatzung) und die Satzung der Stadt Dargun über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Dargun (Fäkalschlammgebührensatzung) vom 13.07.2006, geändert durch die erste Satzung der Stadt Dargun über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Dargun (Fäkalschlammgebührensatzung) vom 2.10.2014 außer Kraft.

Dargun, den 08. Dezember 2015

gez. Graupmann
Bürgermeister

Hinweis:

Ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in der KV M-V enthalten oder aufgrund der KV M-V erlassen worden sind, kann nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden.

Daraus resultiert, dass ein Verstoß nur innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Gemeinde geltend gemacht werden kann.

Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend von Satz 1 stets geltend gemacht werden.